

## Schlussstrich in Mensadebatte

**Lange Gesichter im Schulausschuss. Die regionale Ausschreibung des Mensaessens für Gymnasien ist nicht möglich**



Frisch auf den Tisch: Der Gemeinderat wünscht sich Schulkost aus regionalen Produkten. Er darf dies aber nicht zum Kriterium für die Ausschreibung machen.

Bild: Hanser

Konstanz – Der Schulausschuss gibt das Vorhaben auf, Regionalkost für das Mensaessen in den Gymnasien auszuschreiben. Die Mitglieder beugen sich Gutachten der Stadt, nach denen die gewünschte Beschränkung auf regionale, frische und nicht tiefgekühlte Kost unzulässig ist. Konstanz muss die Mensaversorgung europaweit ausschreiben. Dafür gelten strenge Regeln. Eine Beschränkung auf Regionalware würde gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen, legte die Stadtverwaltung in umfangreichen Stellungnahmen dar. Die langwierige Debatte über die Qualität des Schulessens hat sie sensibel gemacht für dieses Thema. Künftig sollten Nutzer der Mensen stärker gehört werden, sicherte Bürgermeister Claus Boldt in der Sitzung zu.

Die angedachte Umgehung der Europavorschriften durch eine Neuorganisation der Mensen über Schulfördervereine hat sich als nicht durchsetzbar erwiesen. Bei einer Umfrage zeigten nur wenige Eltern Interesse daran. Die Stadtverwaltung legte zudem dar, wie schwierig die Umsetzung aus steuerrechtlichen Gründen wäre.

Eine Umfrage zeigte, dass Tiefkühlkost unterschiedlich beliebt ist. Eltern und Schüler halten den Einsatz von maximal 30 Prozent Tiefgekühltes für akzeptabel, Schulleiter würden einen Anteil bis zu 60 Prozent tolerieren. Höher liegt der Wunschanteil für Bio-Produkte. Eltern und Schüler schweben 50 Prozent vor, Schulleitern 40 Prozent. Beim Preis betrachten alle einen Eigenanteil von 3,50 Euro für angemessen. Eltern und Schüler würden auch vier Euro tragen. Die Verwaltung weist darauf hin, zu diesem Preis sei kein besonders hoher Anteil von Biokost möglich.

Till Seiler von der Freien Grünen Liste hält es weiter für möglich, kurze Lieferwege mit geringem Ausstoß von Abgasen zur Auflage zu machen. Er geht davon aus, dass es unterschiedliche juristische Auslegungen gibt. Um die Ausschreibung nicht zu behindern, lehnte er sie zwar nicht ab, enthielt sich aber der Stimme. Jürgen Leopold (SPD) bezeichnete die Europavorgaben als „frustrierend“.